

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: F (Teil III, Allgemeine und Schlussbestimmungen)

Déposée par Monsieur: Joachim Wuermeling

Qualité: Suppléant

Texte du Praesidium

Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung des Verfassungsvertrags vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt.

Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört.

Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

Amendement proposé

*Unterstützung des Vorschlags
des Präsidiums*

Begründung:

Es wird hervorgehoben, dass Änderungen des Verfassungsvertrags in allen seinen Teilen ratifikationsbedürftig bleiben müssen.

Mit Bezug auf die ergänzenden Ausführungen und Fragestellungen des Präsidiums in Conv. 647/03 zu Art. F wird hierzu hervorgehoben:

- Die Entscheidung über die künftige Änderungen der auf die EU übertragenen Hoheitsrechte muss den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben. Die Mitgliedstaaten müssen deshalb Herren der Verträge bleiben. Hierzu gehört ebenso wie das Initiativrecht jedes Mitgliedstaates für Vertragsänderungen, dass Vertragsänderungen durch alle Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen und EU-Organe oder ihre Vertreter nicht über Vertragsänderungen mitentscheiden. Das Ratifikationsrecht der Mitgliedstaaten darf auch nicht durch die Schaffung sogenannter „Organgesetze“ umgangen werden.
Die wegen des Zustimmungsrechtes aller Mitgliedstaaten erwarteten Probleme sind auch in der erweiterten Union beherrschbar.
Das muss vor allem dadurch zum Ausdruck kommen, dass ihnen nicht gegen ihren Willen Kompetenzen und Finanzmittel entzogen werden dürfen. Ansonsten nähme der Verfassungsvertrag den nationalen Parlamenten das wichtigste europäische Recht, die Ratifizierung der Verträge.

Hilfsweise könnte für den Fall der Blockade einer Vertragsänderung durch einen Staat auf die flexible Zusammenarbeit zurückgegriffen werden, wenn eine grosse Mehrheit von Mitgliedstaaten ein gemeinschaftliches Vorgehen für unverzichtbar hält.

- Wie Vertragsänderungen künftig vorbereitet werden sollten, kann erst nach Abschluss der Konventsarbeiten beurteilt werden. Dies gilt auch die vom Präsidium aufgeworfene Frage, in welcher Weise die mitgliedstaatlichen Parlamente an Vertragsänderungen beteiligt werden sollten. Der vom Konventspräsidium erneut genannte Vorschlag, einen „Kongress“ einzurichten, wird jedoch als nachteilig gesehen. Neue Institutionen würden die EU komplizierter machen.
- Gemeinschaftsautonome Vertragsänderungsverfahren müssen den Gegenstand

der den EU-Organen überlassenen Vertragsänderung präzise bestimmen, damit die Legitimation von Vertragsänderungen durch die in den Mitgliedstaaten zur Ratifikation berufenen Volksvertretungen bzw. der in Referenden abstimmenden Völker gewährleistet ist. Sie sind deshalb nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen, z.B. bei Regelungen rein technischer Art ohne wesentlichen materiellen Regelungsgehalt sinnvoll.